Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1298.

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 20261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 20261.

Nr. 194 | Dresden, Sonnabend den 20. August 1921 | 32. Jahrg.

Stockholm für Abrüstung

Die Interparlamentarische Konferenz hat Brantings Antrag auf Einschränkung der Rüstungen mit 42 gegen 18 Stimmen angenommen.

•

Ferner verlas der Präsident einen vom Interparlamentarischen Rat genehmigten Beschlußantrag, der von Thomas Lough, England, gestellt war, und worin der Wunsch geäußert wurde, daß der Schulpflichtzwang auf das Notwendigste eingeschränkt und die Gebühren auf ein Minimum herabgesetzt werden.

Hierauf wurden die Verhandlungen über die Stellung der Union zum Internationalen Arbeitsamt fortgesetzt, wobei Procope, Finnland, eine weniger strenge Fassung der Resolution hinsichtlich der Verpflichtung der einzelnen Gruppen, in den betreffenden Parlamenten für den Anschluß an die Washingtoner Beschlüsse zu wirken, wünschte. Luigi, Italien, betonte die Verschiedenheit der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in den einzelnen Ländern. Engberg, Schweden, brachte einen Resolutionsantrag ein, nach dem die Union ihre Mitwirkung in den Parlamenten für die Annahme der Konventionen der Internationalen Arbeitskonferenz in möglichst großem Umfange fortsetzen sollte. De Lund, Holland, warnte davor, eine Resolution anzunehmen, die die Parlamente allzu stark binden würde, und trat für Procopes Abänderungsvorschlag ein. Munch, Dänemark, befürchtete, daß die Konferenz leicht den Anschein bekommen könnte, als ob sie mit der Tendenz einverstanden wäre, die Konventionen nicht zu ratifizieren, und legte einen Aenderungsvorschlag vor, wonach die Gruppen aufgefordert werden sollten, die Grundsätze der Konventionen zu unterstützen.

Reichstagspräsident Löbe, Deutschland,

betonte, daß Procopes Vorschlag allzu sehr die Tragweite der Resolutionen abschwäche. In den ehemals kriegführenden Ländern habe man oft behauptet, daß Arbeiterschutz aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei. In Deutschland dagegen sei man ganz andrer Meinung. Jetzt, wo der Krieg die heutige Generation so geschwächt habe, sei es wichtiger als je, daß dieser Schutz verwirklicht werde. Die Interparlamentarische Union könne hier ein internationales Werk ausführen und zeigen, daß eine derartige Gesetzgebung ausführbar sei. Deutschland werde in jeder Weise dafür wirken, daß die Washingtoner Beschlüsse angenommen werden, und werde mit Befriedigung die Veröffentlichung der Resolution in deutscher, italienischer und spanischer Sprache begrüßen. Die deutsche Delegation habe am liebsten, wenn der Antrag vom Rat angenommen würde, könne aber, wenn sich dies als notwendig herausstelle, dem von Engberg und Munch vorgeschlagenen Abänderungsantrag beistimmen. E. Roberts, England, widersprach im Namen der konservativen Gruppenmitglieder dem ganzen Resolutionsantrag und erklärte, daß der Staat sich nicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse einmischen solle.

Ueber die Frage der Einschränkung der Rüstungen referierte zunächst Branting, Schweden (Soz.), der feststellte, daß zwischen den Interparlamentariern [illegible] Auffassung herrsche. [illegible] Dänemark und China [illegible] [illegible] Canada [illegible] Hamilton, Schweden [illegible] Treub [illegible] Hermann Müller, Deutschland (Soz.) [illegible] kommission geschaffen werden soll [illegible] künftigen Interparlamentarischen Konferenzen berichten soll.

In der Freitag-Vollversammlung wurde die Stellungnahme der Interparlamentarischen Union zu den internationalen Arbeitskonferenzen weiter erörtert. Eine Resolution Engberg, Schweden (Soz.), wurde angenommen.

•

Hermann Müller und Köster zur Schuldfrage

Der frühere Reichskanzler Hermann Müller äußerte in einem Interview, es sei zwecklos, ständig an die Schuldfrage zu rühren. Wenn auch bedauerlicherweise Frankreich und Belgien dem diesjährigen Kongreß der Interparlamentarischen Union fernblieben, bestünde doch kein Zweifel, daß sie bald wieder an der Arbeit teilnehmen würden, zumal deutsche und französische Sozialisten bereits im März in Amsterdam zusammengetroffen seien.

Der frühere Reichsminister Dr. Köster lehnte ebenfalls das Ansinnen eines neuen deutschen Kriegsschuldbekenntnisses ab. Diese Frage gehöre nicht auf einen internationalen Kongreß. Die Deutschen seien gern zur Debatte mit den Franzosen bereit, aber nur als Gleichberechtigte, die auch gewisse Fragen zu stellen haben.

Deutsch-amerikanisches Handelsabkommen

Eigene Drahtmeldung

London, 20. August. Daily Telegraph meldet aus Washington: In politischen Kreisen ist man allgemein der Ansicht, daß die Verhandlungen mit Berlin sich nicht auf der Grundlage eines Sonderfriedens, sondern der eines Handelsabkommens bewegen. Die Friedensverhandlungen werden später stattfinden. Das Handelsabkommen wird nur eine vorübergehende Maßnahme sein, unter der die Konsuln zeitweilig Vollmacht erhalten. Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika werden sofort wieder aufgenommen werden. Mit der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen wird man jedoch bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages warten. Das Handelsabkommen braucht dem Senat nicht unterbreitet zu werden. Vertrauensleuten wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen einen befriedigenden Verlauf nehmen und daß die Vereinigten Staaten das Handelsabkommen alsbald unterzeichnen werden.

Rußland und Rumänien

Eigne Drahtmeldung

Paris, 20. August. Wie die Radio-Agentur aus Riga meldet, hat Tschitscherin eben an Rumänien eine Note gerichtet, in der Rumänien angeklagt wird, daß es die ukrainischen Banden Petljuras unterstütze. Die Note fügt hinzu, daß die Rote Armee bei der Verfolgung der ukrainischen Banden die rumänische Grenze eventuell zu überschreiten gezwungen sei.

Bukarest, 20. August. Der Ministerrat beschloß, für russische Flüchtlinge von jetzt an den Eintritt nach Rumänien zu sperren.

Hilfe für geflüchtete Beamte

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 20. August. Wie wir erfahren, hat das Reichsministerium für die aus Oberschlesien geflüchteten Beamten einen Erlaß herausgegeben, nach dem denjenigen Beamten, die infolge der politischen Verhältnisse ihren Dienstort in den von den Insurgenten besetzten Teilen Oberschlesiens verlassen mußten und demzufolge zu doppelten Haushaltungen gezwungen sind, Beschäftigungsgelder zu gewähren sind. Die Beschäftigungsgelder werden auch solchen Beamten gewährt werden, die an ihrem Zufluchtsorte zur Zeit nicht beschäftigt werden können.

Die Hilfe für Rußland

Kopenhagen, 19. August. Die Regierung hat beschlossen, aus den Mitteln zur Abhilfe der Not in den vom Kriege verwüsteten Ländern für die Hilfsaktion in Rußland eine Summe zur Verfügung zu stellen. Zweck der Hilfsaktion ist, in Petersburg eine Kinderspeisung einzurichten, die, soweit möglich, unter der Leitung der Verlangen stehen soll, die seinerzeit an den gleichen dänischen Arbeiten beteiligt waren. Es wird beabsichtigt, damit in den ersten Septembertagen zu beginnen.

•

Die Tschecho-Slowakei

Prag, 19. August. Nach einer offiziellen Meldung hat der interministerielle Ausschuß zur Hilfeleistung für Rußland der Regierung vorgeschlagen, den tschecho-slowakischen Industriellen, die sich am Wiederaufbau Rußlands beteiligen wollen, einen größeren Betrag als Garantie der bedeutenden Verlusten zu gewähren. Es würde sich insbesondere um Interessenten an der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und von Eisenbahnmaterial handeln. Dadurch würde die ganze Hilfsaktion den unangenehmen Charakter einer mildtätigen Aktion verlieren, und die Tschecho-Slowakei würde industriell nach Rußland durchdringen. Konkrete Vorschläge werden der Regierung nach Anhören der industriellen und finanziellen Sachverständigen gemacht werden.

•

Der Vorstand der S. P. D. hat sich dem Vorgehen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hilfeleistung für Rußland und Georgien angeschlossen.

•

Kugeln in den Bauch

Paris, 19. August. Wie der Temps aus Bukarest mitteilt, gehen zahlreiche Banden halbverhungerter „Bolschewisten" durch den Dnjestr, dessen Wasserstand jetzt sehr niedrig ist. Die Banden greifen die rumänischen Grenzwachen an. Wiederholt ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

Auf deutsch: Man schießt auf die Hungernden!

Köhn verhaftet

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 20. August. Im Auftrage der Staatsanwaltschaft I wurde heute [illegible] der Inhaber des Köhn-Konzerns verhaftet. Er ist bereits der Staatsanwaltschaft zur Vernehmung vorgeführt worden. Der Rechtsbeistand der Schutzvereinigung deutscher Sport- und Wettbanken hat sofort einen Antrag auf Haftentlassung gestellt.

Die sächsische Gewerbeaufsicht

[illegible]

[illegible] Hälfte aller Einwendungen von Arbeitern [illegible] gegen 221 im Vorjahre, erhielten. [illegible] lich, „meist Kohlenlieferung, [illegible] Ausführungsangelegenheiten und andre [illegible] fragen", die Arbeiter oder ihre Organisationsvertreter brachten hauptsächlich Zweifelsfragen über gewerberechtliche und andre Bestimmungen oder Beschwerden vor, andre Arbeiterangelegenheiten betrafen Entlassungs- und Arbeitslosenfragen und Teilnahme an Fortbildungskursen. Es hatten sich, so wird weiter berichtet, „in erfreulicher Weise und wachsendem Vertrauen engere Beziehungen zu den Gewerbeaufsichtsämtern angeknüpft".

Die neugewählten Betriebsräte haben bei Revisionen oft gute Dienste geleistet und die Beamten in sachkundiger Weise auf mancherlei aufmerksam gemacht. Im allgemeinen besagt der Bericht darüber, „das Betriebsrätegesetz habe neben den andern neueren Arbeiterschutzbestimmungen vor allem auch dazu beigetragen, daß die Beziehungen zwischen den Gewerbeaufsichtsämtern und den Arbeitnehmern und Arbeitgebern enger geknüpft, teilweise auch auf eine neue Grundlage gestellt worden" seien. In manchen Fällen sind die Betriebsunternehmer schneller zur Abstellung von Mängeln bereit gewesen, wenn an den Besichtigungen Betriebsratsmitglieder teilgenommen haben. Der Berichterstatter hofft, daß sich daraus eine Entwicklung anbahne, „die für die weitere Entwicklung des Gefahrenschutzes im Zusammenarbeiten von Betriebsleitung und Betriebsrat mit den Gewerbeaufsichtsbeamten und damit auch zur erstrebenswerten Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen gut beitragen